

Ungarische Regierung schränkt Pride-Parade aus Kinderschutz -Gründen ein

Die ungarische Regierung schränkt die Budapest Pride-Parade ein und beruft sich auf „Kinderschutz“. Kritiker warnen vor einem Angriff auf LGBTQ+ Rechte und der menschlichen Würde.

Die ungarische Regierung verstärkt ihre Maßnahmen gegen die jährliche Budapest Pride Parade, die seit fast 30 Jahren stattfindet. Staatsminister Gergely Gulyas erklärte, dass die Parade nicht „den öffentlichen Raum dominieren“ solle und berief sich auf angebliche „Kinderschutz“-Themen.

Regierungshandlungen und Verfassungsänderungen

Gulyas äußerte sich bei einer Informationsveranstaltung der Regierung und kündigte dabei auch Änderungen in der ungarischen Verfassung an. Die Definition von Geschlecht soll künftig „biologisch männlich oder weiblich“ umfassen, und es soll gesetzlich verankert werden, dass „das Recht eines Kindes auf körperliche, geistige und moralische Entwicklung über allen anderen Überlegungen steht.“ Im Vorfeld der diesjährigen Parade äußerte Gulyas, dass der Pride dieses Jahr in einem „geschlossenen Raum“ stattfinden sollte, anstatt durch die Straßen im Stadtzentrum von Budapest zu ziehen.

Reaktionen der LGBTQ+ Community

Neela Ghoshal, leitende Direktorin für Recht, Politik und Forschung der LGBTQ+-Organisation Outright International,

kommentierte die Entscheidung mit den Worten: „Die Vorstellung, Pride in einen geschlossenen Raum zu zwingen, macht sich über das Konzept von Pride lustig.“ Sie bezeichnete die Behauptungen zum Kinderschutz als „reine Lügen“, die darauf abzielten, die Öffentlichkeit zu manipulieren und die Menschenrechte für alle zu opfern.

Historische Einschränkungen der LGBTQ+ Rechte in Ungarn

Die Regierung Orban beruft sich seit Langem auf den Kinderschutz, um die LGBTQ+-Rechte im Land zu untergraben. Im Jahr 2020 wurde die gleichgeschlechtliche Adoption in Budapest praktisch **verboten**. Orban erklärte damals, dass dieser Schritt „den Schutz ungarischer Familien und die Sicherheit unserer Kinder“ stärken würde.

Ein Jahr später folgte ein Gesetz, das die Verbreitung von Inhalten über Geschlechtsänderungen oder Homosexualität an unter 18-Jährige verbot. Die Europäische Kommission stellte fest, dass dieses Gesetz „eine Reihe von EU-Vorschriften“ verletzt und gegen „Menschenwürde, Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit“ verstößt.

Der Kampf um die Menschenrechte geht weiter

Im Jahr 2022 leitete die Kommission ein Verfahren gegen Ungarn ein, da das Verbot „Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität diskriminiert“. Bei seiner **Staatsrede zur Nation** am Samstag betonte Orban, dass Ungarn „nicht nachgeben darf – wir dürfen nicht aufhören, unsere Kinder zu schützen“ und riet den Pride-Organisatoren, „sich keine Mühe zu machen, sich auf die Parade vorzubereiten, da es eine Zeit- und Geldverschwendung wäre“.

Die Reaktion von Budapest Pride

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)